



Leinen: Flüchtlingspolitik in Europa funktioniert nicht

Mitglied des Auswärtigen Ausschuss fordert "andere Lastenverteilung" bei Flüchtlingen

Jo Leinen im Gespräch mit Gerd Breker

Italien will 102 Migranten aufnehmen, die in Malta abgewiesen worden sind. Jo Leinen, SPD-Mitglied im Europaparlament, äußert ein "gewisses Verständnis" für den kleinen Inselstaat. Die EU, darunter auch Deutschland, schau tatenlos zu, was rund um das Mittelmeer passiert. Die Lastenverteilung funktioniere "überhaupt nicht".

Gerd Breker: Nun will Italien die seit Tagen vor Malta gestrandeten 102 schiffbrüchigen Migranten aufnehmen. Malta hatte seit Sonntag verhindert, einen liberianischen Frachter mit Flüchtlingen an Bord in seine Gewässer zu lassen. Unter den Bootsflüchtlingen befinden sich nach Angaben der Europäischen Union vier Schwangere, eine verletzte Frau sowie ein fünf Monate altes Baby. Die Migranten stammen vermutlich aus Eritrea und Äthiopien.

Am Telefon sind wir nun verbunden mit Jo Leinen, er ist SPD-Mitglied im Europaparlament und auch dort Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Guten Tag, Herr Leinen.

Jo Leinen: Guten Tag, Herr Breker.

Breker: Ja wäre Italien nicht, dann würde das Flüchtlingsdrama vor Malta weitergehen?

Leinen: Die Situation ist völlig unakzeptabel und kaum zu ertragen, dass die Europäische Union keine klare Politik hat, was die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern angeht. Dieses Drama vor Malta ist eigentlich wiederum ein Testfall, dass die Flüchtlingspolitik in Europa nicht funktioniert.

Breker: Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Flüchtlingspolitik und auch die Asylpolitik der Europäischen Union völlig versagt?

Leinen: Wir haben mittlerweile wohl gemeinsame Standards und Regeln, wie Flüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen sind. Nur wie man jetzt am Beispiel Malta sieht, ist das Papier geduldig, aber in der Praxis läuft das anders, wobei ich im Falle Maltas ein gewisses Verständnis habe, weil dieser Staat, das sind 300.000 Einwohner. Das ist so wie eine deutsche Mittelstadt, ich sage mal Mannheim oder Augsburg oder Saarbrücken. Man stelle sich vor, da kommen in einem Monat mehr als 1000 Flüchtlinge an der Küste oder an der Grenze an. Da funktioniert die Lastenverteilung in der EU überhaupt nicht.

Breker: Es sind gerade die südlichen Länder wie halt Malta oder auch Italien, Spanien, die als erstes die Flüchtlinge, die aus Afrika kommen, erhalten. Diese Lastenverteilung, von der Sie gesprochen haben, Herr Leinen, die funktioniert ja gar nicht! Die müsste ja funktionieren, damit man denen das auch zumuten kann.

Leinen: Die nördlichen Länder in der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, legen die Hände in den Schoß und schauen zu, was da rund um das Mittelmeer passiert. In der Tat: aus Afrika kommend, auch aus Asien kommend, ist Griechenland, ist Malta, Italien und Spanien der erste Adressat, wo diese Schiffe ankommen, und man kann jetzt gerade von Malta, einem kleinen Land mit 300.000 Einwohnern, nicht erwarten, dass sie so eine große Last tragen können. Hier muss eine Verteilung erfolgen und dieser Verteilmechanismus, der funktioniert nicht, weil sich alle einen schlaun Lenz machen und sagen, na, das ist erst mal deren Problem und nicht unser Problem. Aber das Flüchtlingsproblem ist ein gesamteuropäisches Problem und nicht nur das der Länder, wo diese Boote nun zufällig dann an Land

kommen.

Breker: Wer müsste jetzt aktiv werden, das Europaparlament?

Leinen: Die Europäische Union insgesamt. Der Rat der Mitgliedsländer muss hier eingreifen. Man hat ja gesehen, dass Frau Malmström, die zuständige Kommissarin, jetzt eindringlich Malta aufgerufen hat, aus humanitären Gründen dieses Boot an Land zu lassen, wobei ich sage, das Boot war ja vorher schon mal an der italienischen Küste, ist da abgewiesen worden. Das ist dann auch noch mal ein Sonderfall. Man stelle sich vor, es kommen Flüchtlinge in Deutschland über die österreichische Grenze oder die tschechische Grenze, dann hat Deutschland ja auch dieses Drittstaatenprinzip. Wenn in einem Nachbarland ein sicheres Asyl möglich gewesen wäre, wäre vielleicht auch in Rosenheim oder an der tschechischen Grenze ein Bus dann zurückgewiesen worden. So hat jetzt der maltesische Premierminister reagiert. Aber das ist kein Zustand. Darauf kann sich Europa nicht ausruhen. Wir brauchen da dringend bessere Regeln und bessere Lastenverteilungen.

Breker: Und dazu braucht es ein Gesamtkonzept in der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik. Und das fehlt oder steht nur auf dem Papier?

Leinen: Es sind Versatzstücke da. Ich sagte schon: Über Jahre hinaus wurden mühsam gemeinsame Standards und gemeinsame Regeln für die Aufnahme beschlossen. Die letzten Gesetze haben wir vor ein paar Monaten gemacht, das ist also ziemlich neues Terrain. Aber Malta sagt ja auch nicht, wir halten die Standards nicht ein, sondern wir sind überbelastet, und selbst wenn wir die Flüchtlinge an Land ließen, dann wollten wir sie nicht in Malta behalten, weil wir schon ein paar Tausend haben. Also hier braucht man europäische Solidarität, das ist auch eine Art Eurokrise, diese Flüchtlingsdramen, und man sieht, dass der Eurokrisenmechanismus in Asylfragen und Flüchtlingsfragen nicht funktioniert.

Breker: Dann ist der Hauptpunkt die Lastenverteilung?

Leinen: In dem Fall müsste ein Mechanismus eingreifen, dass diese Asylanten, wenn Malta überbelastet ist, auch in andere Länder weitertransportiert werden, um dort die Asylanträge zu prüfen, und dann entweder Asyl zu gewähren, oder dann, wie wir es ja auch machen, Leute dann zurückzuschicken, wenn es keinen triftigen Asylgrund gibt.

Breker: Klar ist, die Menschen kommen nach Europa, weil Europa Wohlstand hat und daran würden sie gern teilnehmen. Kann man ihnen das verübeln?

Leinen: Es gibt die Wohlstandsflüchtlinge, die wir so nicht haben wollen. Da brauchen wir eine legale Einwanderungspolitik, die es auch immer noch nicht gibt. Europa ist ein Einwanderungskontinent, schon allein wegen dem demografischen Faktor. Bis zur Mitte des Jahrhunderts werden wir 200 Millionen Menschen weniger sein in Europa und wir werden viel Einwanderung brauchen. Da muss man die legale Einwanderung vorantreiben und da die Tür öffnen. Auf der anderen Seite sind wir auch umgeben von Krisenherden. In vielen Ländern gibt es Verfolgung, gibt es Unterdrückung, die Menschen halten das da nicht mehr aus, und die da kommen, sind ja noch die fittesten. Die es schon nicht mehr schaffen, die bleiben ja Zuhause und kommen gar nicht bis vor Europas Küsten. Also wir brauchen Lösungen für beides, für die legale Einwanderung, wo hier jemand auch arbeiten kann und in der Tat sich und seine Familie ernähren kann, aber auch für die Unterdrückten und Verfolgten. Europa darf keine Festung sein, keine Burg sein, die niemand rein lässt. Zu viele Europäer sind ihrerseits in der Geschichte ausgewandert, als es hier unerträglich war.

Breker: Jo Leinen war das im Deutschlandfunk. Er ist für die SPD im Europaparlament und dort Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Herr Leinen, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Leinen: Auf Wiederhören!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandradio macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.